

SOZIALWISSENSCHAFTLICHE
STUDIENGESELLSCHAFT

33. BERICHT, JÄNNER 1965

B E R I C H T

Über Meinungsumfragen, betreffend Europäische
Integration.

1. Aufgabenstellung

Ein Teil der Mitarbeiter der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft hat im Juni 1964 eine Blitzumfrage, betreffend einige Probleme der Europäischen Integration durchgeführt, vor allem, um festzustellen, wie Argumente für oder gegen ein Arrangement mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bei den österreichischen Wählern ankommen. Da die Ansicht geäußert wurde, daß der befragte Personenkreis zu wenig umfangreich sei und das Frageprogramm einige wichtige Gesichtspunkte außer acht gelassen habe, wurde von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft im Oktober 1964 eine weitere Meinungsumfrage, betreffend die Europäische Integration, durchgeführt, wobei die Ergebnisse der ersten Umfrage als Vortest verwertet wurden. Bei der in Frage stehenden Untersuchung ging es uns darum, erstens herauszufinden, inwieweit die österreichischen Wähler mit dem Integrationsproblem vertraut sind, welches wahlpolitische Gewicht die Frage des Arrangements Österreich mit der EWG hat, bzw. nicht hat, welches Gewicht dieses Problem, gemessen an bekannten hochwichtigen außenpolitischen Fragen, hat, wie verschiedene außenpolitische Schritte der österreichischen Bundesregierung hinsichtlich der Integration beurteilt werden, welche Einwände für und welche Einwände gegen ein Arrangement ins Treffen geführt werden und vor allem, welche Beziehungen die Österreicher zwischen der Neutralitätspolitik, der Integrationspolitik und der Durchführung des Staatsvertrages sehen.

2. Zusammensetzung des Samples

Es wurden in ganz Österreich 1.351 Wähler befragt, darunter 56 % männliche und 44 % weibliche Wähler. Der verhältnismäßig hohe Prozentsatz männlicher Wähler kam zustande, weil gerade bei der Integrationsfrage ein besonders hoher Prozentsatz von Interviewabbrüchen bei Frauen zustande kam.

Bei den Altersgruppen waren die 31- bis 50-jährigen zum Nachteil der über 65-jährigen überrepräsentiert, was sich aus dem System der Quotenbefragung ergibt, bei dem die immobilen Bevölkerungsgruppen, die an ihre Wohnung gebunden sind, besonders schwer erreichbar scheinen. Sehr häufig nehmen aber die über 65 Jahre alten Personen am öffentlichen Leben mit steigendem Alter immer weniger Anteil und werden daher bei zunehmendem Alter in ihrer politischen Haltung durch aktuelle Ereignisse immer weniger beeinflusst. Bei den übrigen Altersgruppen fielen die Abweichungen vom Standard nicht wesentlich ins Gewicht. Hinsichtlich der Berufsgruppen sind die Angestellten und Beamten auf Kosten der Rentner stark überrepräsentiert. Die Selbständigen in der Landwirtschaft sind nicht in diesem Ausmaß unterrepräsentiert wie die Rentner und Pensionisten.

Von den Bundesländern sind überrepräsentiert:

Wien	12
Burgenland	2

Unterrepräsentiert sind:

Niederösterreich	6
Salzburg	2
Steiermark	4

Die übrigen Bundesländer sind richtig repräsentiert.

Die politische Struktur des Samples entspricht bei Berücksichtigung der nichtengagierten Wähler weitgehend den Ergebnissen bei Wahlen und kann daher als richtig angesehen werden.

3. Ergebnis der Fragen

Frage 1 lautete: Haben Sie schon einmal etwas von der Europäischen Freihandelsassoziation, abgekürzt EFTA, gehört oder gelesen?

Die Antworten waren: Ja 85 %
Nein 11 %
Weiß nicht ... 4 %

Die Männer antworteten relativ häufiger mit "Ja" als die Frauen.

Frage 2 lautete: Haben Sie schon einmal etwas von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, abgekürzt EWG, gehört oder gelesen ?

Es antworteten: Ja 91 %
Nein 6 %
Weiß nicht 3 %

Auch bei dieser Frage waren die "Ja"-Antworten der männlichen Wähler relativ größer als die der weiblichen Wähler.

Frage 3 lautete: Welche Staaten sind Mitglieder der EWG ?

Die Antworten auf diese Frage wurden von uns codiert.

Richtige Antworten gaben 16 %
Teilweise richtige Antworten 30 %
Einen oder mehrere falsche Staaten .. 18 %
"Weiß nicht" antworteten 36 %.

Bei den weiblichen Wählern waren die "Weiß nicht"-Antworten bei dieser Frage relativ viel größer als bei den vorhergehenden zwei Fragen.

Frage 4 lautete: Welche Staaten sind Mitglieder der EFTA ?

Die Antworten lauteten:

Richtige Antworten gaben 3 %
Teilweise richtige Antworten 50 %
Einen oder mehrere falsche Staaten ... 9 %
"Weiß nicht"-Antworten 38 %.

Frage 5 lautete: Gehört Österreich zur EWG, zur EFTA oder zu keiner der beiden Vereinigungen ?

Die Antworten waren:

Gehört zur EFTA 66 %
Gehört zur EWG 5 %
Gehört zu keiner der beiden 11 %
Weiß nicht 18 %.

Frage 6 lautete: Wie schätzen Sie die Bedeutung einer Teilnahme Österreichs an der EWG ein ?

Die Antwortmöglichkeiten waren:

Überaus wichtig.
Wichtig.
Bedeutungslos.
Nicht besonders gut.
Außerordentlich schädlich.

Es antworteten:

Überaus wichtig 19 %
Wichtig 31 %
Bedeutungslos 6 %
Nicht besonders gut 12 %
Außerordentlich schädlich 6 %
Keine Meinung 26 %.

Eine Aufgliederung der Antworten nach den Parteisympathien der Befragten ergab folgendes Resultat:

<u>Antwort</u>	<u>FPÖ</u>	<u>KPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>Nichtengagierte</u>
Überaus wichtig	43 %	7 %	21 %	18 %	13 %
Wichtig	33	7	31	40	23
Bedeutungslos	0	8	5	6	10
Nicht besonders gut	5	24	11	14	11
Außerordentlich schädlich	1	43	2	5	4
Keine Meinung	18	11	30	17	39

Das Ergebnis der Antworten zeigt, daß die Hälfte der Wähler die Teilnahme Österreichs an der EWG für überaus wichtig oder wichtig hält. Nur ein geringer Prozentsatz, der, wie die Aufgliederung nach politischen Sympathien zeigt, zur Hälfte von KPÖ-Wählern gestellt wird, lehnt die Teilnahme an der EWG schärfstens ab. Unter den Wählern, die die Teilnahme an der EWG für nicht besonders gut halten, ist der absolute Anteil der sozialistischen Wähler größer als der der ÖVP-Wähler, gefolgt von den nichtengagierten Wählern. Insgesamt wird eine Teilnahme Österreichs an der EWG von den Wählern gemäßigt positiv eingeschätzt.

Frage 7 lautete: Wie schätzen Sie die Mitgliedschaft Österreichs bei der EFTA ein ?

Die Antwortmöglichkeiten waren wie bei Frage 6.

Das Ergebnis lautet wie folgt:

Überaus wichtig	13 %
Wichtig	35 %
Bedeutungslos	11 %
Nicht besonders gut	9 %
Außerordentlich schädlich	2 %
Keine Meinung	30 %

Eine Aufgliederung der Antworten nach der politischen Sympathie der Versuchspersonen erbrachte folgendes Ergebnis:

<u>Antwort</u>	<u>FPÖ</u>	<u>KPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>Nichtengagierte</u>
Überaus wichtig	9 %	14 %	14 %	15 %	11 %
Wichtig	28	32	31	44	30
Bedeutungslos	26	13	12	8	11
Nicht besonders gut ..	11	14	8	8	9
Außerordentlich schädlich	6	8	1	1	1
Keine Meinung	20	19	34	24	38

Das Ergebnis zeigt, daß die Teilnahme Österreichs an der EFTA zwar in einem geringeren Maß für überaus wichtig gehalten wird als die Teilnahme an der EWG, aber auch in einem wesentlich geringeren Maß für nicht besonders gut oder gar außerordentlich schädlich. Wie die Aufgliederung nach Parteien zeigt, wird die Mitgliedschaft Österreichs bei der EFTA von den sozialistischen Wählern etwas besser beurteilt als von den anderen Wählern. Eine scharfe Ablehnung findet die EFTA nur bei den FPÖ- und KPÖ-Wählern, als "nicht besonders gut" wird sie ebenfalls von den FPÖ-, den KPÖ-Wählern, aber auch den nichtengagierten Wählern in einem höheren Maße bezeichnet als von den ÖVP- und SPÖ-Wählern. Der Prozentsatz der Wähler, die die Mitgliedschaft der EFTA für bedeutungslos halten, ist in jedem Fall größer als derer, die die Teilnahme an der EWG für bedeutungslos halten. Dies gilt bemerkenswerterweise auch für die KPÖ-Wähler. Am geringsten ist der Unterschied hinsichtlich der beiden mittleren Einstellungen gegenüber der EFTA bei den SPÖ-Wählern.

Frage 8 lautete: Wie beurteilen Sie die Neutralität Österreichs ?

Wir stellten diese Frage, um herauszufinden, welches Gewicht die Integrationsfrage, gemessen an einem bekannt wichtigen außenpolitischen Problem, hat.

Die Antwortmöglichkeiten waren wie bei den vorherigen Fragen.

Es antworteten:

Überaus wichtig	69 %
Wichtig	21 %
Bedeutungslos	3 %
Nicht besonders gut	1 %
Außerordentlich schädlich	1 %
Keine Meinung	5 %

Ein Vergleich mit den Antworten auf die Fragen 6 und 7 zeigt schon, für wie relativ wenig bedeutungsvoll die Integrationsfrage, gemessen an der Neutralitätsfrage, beurteilt wird. Eine Aufgliederung der Frage nach den politischen Sympathien der Versuchspersonen zeigt, daß nur bei den FPÖ-Wählern ein nennenswerter Prozentsatz (13 %) die Neutralität für bedeutungslos hält. Bei den anderen Wählergruppen sind höchstens 4 % der Auffassung, daß die Neutralität bedeutungslos ist. bei den negativen Antworten sind die Prozentsätze viel kleiner.

Frage 9 lautete: Sollte Österreich, Ihrer Meinung nach, bei der EFTA bleiben oder zur EWG hinüberwechseln oder sollten wir unsere Entscheidung davon abhängig machen, ob uns die EWG günstige Bedingungen bietet oder sollten wir eine Doppelmitgliedschaft anstreben ?

Die Antworten lauteten:

Bei der EFTA bleiben 17 %
Zur EWG hinüberwechseln 13 %
Es kommt auf die Bedingungen an ... 20 %
Doppelmitgliedschaft anstreben 23 %
Weiß nicht 27 %.

Eine Aufgliederung nach den politischen Sympathien der befragten Wähler brachte folgendes Bild:

<u>Antwort</u>	<u>FPÖ</u>	<u>KPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>Nichten-</u> <u>gagierte</u>
Bei der EFTA bleiben ...	9 %	42 %	15 %	19 %	14 %
Zur EWG hinüberwechseln	37	4	16	9	9
Kommt auf die Bedin- gungen an	13	15	20	24	19
Doppelmitgliedschaft anstreben	26	7	22	31	18
Weiß nicht	15	32	27	17	40

Eine Betrachtung der Ergebnisse zeigt, daß der größte Prozentsatz von Wählern, die überhaupt eine Antwort zu geben wußten, für das Anstreben einer Doppelmitgliedschaft war. Dies gilt sowohl für die SPÖ-Wähler wie auch die ÖVP-Wähler. Für ein Verbleiben bei der EFTA gegenüber "hinüberwechseln" sprachen sich die kommunistischen, die sozialistischen und die nichtengagierten Wähler in überwiegender Mehrheit aus. Die kommunistischen Wähler und die freiheitlichen Wähler nehmen extreme Standpunkte ein, bei den KPÖ-Wählern ist der größte Prozentsatz für "verbleiben bei der EFTA", bei den FPÖ-Wählern für "hinüberwechseln zur EWG". Auffällig ist, daß fast die Hälfte der Befragten die Antwort gaben "es kommt auf die Bedingungen an" oder "wir sollten eine Doppelmitgliedschaft anstreben". Dies deutet darauf hin, daß bei der Mehrzahl der Wähler die Integrationsfrage verhältnismäßig wenig emotionelle Aspekte hat, was nur das Ergebnis der Fragen 6 und 7 bestätigt.

Frage 10 lautete: Sollten wir uns bei dieser Entscheidung davon beeinflussen lassen, ob die neutralen Staaten Schweden und die Schweiz bei der EFTA bleiben?

Die Antworten waren: Ja 33 %
Nein 38 %
Weiß nicht .. 29 %.

Die Mehrzahl der Versuchspersonen lehnt somit eine Gleichrichtung der österreichischen Integrationspolitik mit der der anderen neutralen Staaten ab. Wir vermuten auf Grund unserer Befragungen über Probleme der Außenpolitik, daß dies weniger das Ergebnis einer rationalen Beurteilung der schweizerischen und schwedischen Neutralitäts- bzw. Integrationspolitik ist, wir glauben vielmehr, daß die Antwort dem Gefühl der Österreicher entspringt, Staatsbürger eines souveränen Staates zu sein, der seine eigene Politik machen kann und nicht dem Beispiel anderer Staaten folgen muß. Im übrigen scheint die Beein-

flußung unserer Entscheidung durch die neutralen Staaten Schweden und Schweiz auch mit der Frage "verbleiben bei der EFTA" oder "zur EWG hinüberwechseln" verbunden zu werden, wie die nachfolgende Aufgliederung nach den politischen Sympathien der Versuchspersonen zeigt:

<u>Antwort</u>	<u>FPÖ</u>	<u>KPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>Nichtengagierte</u>
Ja	20 %	44 %	26 %	41 %	30 %
Nein	59	36	41	37	32
Weiß nicht	21	20	33	22	38

Frage 11 lautete: Gegen den Weg zur EWG werden verschiedene Einwände erhoben. Wer, finden Sie, hat recht ?

Die Antwortmöglichkeiten waren den Versuchspersonen vorgegeben und lauteten folgendermaßen, bzw. wurden folgende Antworten gegeben:

Eine Teilnahme Österreichs an der EWG gefährdet unsere Neutralität	17 %
Die ausländische Konkurrenz wird bei Wegfall des Zolleschutzes unsere Betriebe ruinieren	12 %
Die Beziehungen zur Sowjetunion und den Ostblockstaaten werden verschlechtert	11 %
Unsere staatliche Selbständigkeit wird durch die Teilnahme an der EWG leiden	6 %
Die EWG ist ein monopolkapitalistisches Gebilde	2 %
Keiner hat recht	23 %
Weiß nicht	29 %

Zweck dieser Frage war es, herauszufinden, welches Argument gegen die EWG den Wählern am ehesten einleuchtet. Von den ge-

brachten Argumenten ist dies offensichtlich das "Neutralitätsargument".

Eine Aufgliederung der Antworten auf die Versuchspersonen mit den verschiedenen politischen Sympathien ergab folgendes Bild:

<u>Antwort</u>	<u>FPÖ</u>	<u>KPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>Nichtengagierte</u>
Gefährdet Neutralität	11 %	31 %	14 %	22 %	15 %
Wegfall des Zollschutzes..	10	8	11	12	15
Beziehungen zur Sowjetunion	8	29	9	12	7
Staatliche Selbständigkeit	5	7	5	8	5
Monopolkapitalistisches Gebilde	0	8	1	2	2
Keiner hat recht	47	3	26	20	20
Weiß nicht	19	14	34	24	35

Die Aufgliederung nach den politischen Sympathien der Versuchspersonen zeigen eindeutig, daß das Neutralitätspolitische Argument zwar bei allen Wählern ein starkes Gewicht hat, besonders aber bei den kommunistischen und sozialistischen Wählern ankommt. Die Verschlechterung der Beziehungen in den Ostblockstaaten wird vor allem von den KPÖ-Wählern eingesehen. Die Argumente gegen den Weg zur EWG werden von den FPÖ-Wählern in einem besonders hohen Maße abgelehnt. Bei den nichtengagierten Wählern ist aber dieser Prozentsatz größer als der, der das Neutralitätsargument akzeptiert. Praktisch nicht akzeptiert wird das Argument, daß die EWG ein monopolkapitalistisches Gebilde sei.

Frage 12 lautete: Welche Begründungen, finden Sie, sprechen für eine Teilnahme an der EWG ?

Diese Frage wurde als offene Frage gestellt, es mußten also die Versuchspersonen selbst eine Antwort finden. Die erhaltenen Antworten ließen sich recht zwanglos in sieben Gruppen einteilen, die folgende Anteile an den Antworten hatten:

Größerer Markt, stärkerer Außenhandel, größerer Wirtschaftsraum	18 %
Preissenkungen und Zollsenkungen	9 %
Politische Einigung Europas, Vorstufe zu den Vereinigten Staaten von Europa, Pancuropa	4 %
Engere Verbindung mit Deutschland	0 %
Wirtschaftlicher Fortschritt, Steigerung des Lebensstandards	11 %
Keine Vorteile	8 %
Weiß nicht	49 %.

Der verhältnismäßig hohe Anteil von "Weiß nicht"-Antworten gegenüber der Frage 11 ergibt sich vor allem daraus, daß auf offene Antworten erfahrungsgemäß immer mehr "Weiß nicht"-Antworten gegeben werden, als wenn die Befragten aus einer Anzahl vorgegebener Antworten eine Antwort auswählen können. Insgesamt gaben nur 5 Wähler von 1.350 die Antwort, daß eine engere Verbindung mit Deutschland für eine Teilnahme an der EWG spräche. Dieses Ergebnis lag erheblich unter den von uns gehegten Erwartungen. Im übrigen werden für die Teilnahme an der EWG fast ausschließlich wirtschaftliche Vorteile ins Treffen geführt. Jedemfalls waren unter den Wählern, die das großdeutsche Argument ins Treffen führten, zwei SPÖ-Wähler, ein ÖVP-Wähler und zwei FPÖ-Wähler. Eine Aufgliederung nach den politischen Sympathien der Versuchspersonen ergab folgendes Bild:

<u>Antwort</u>	<u>FPÖ</u>	<u>KPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>Nichtengagier- te</u>
Größerer Markt	27 %	6 %	20 %	20 %	14 %
Preissenkungen	14	1	7	13	5
Politische Einigung Europas	9	4	5	2	4
Verbindung mit Deutschland	2	0	0	0	0
Steigerung des Lebens- standards	14	6	12	13	7
Keine Vorteile	3	44	6	9	6
Weiß nicht	31	39	50	43	64

Die Aufgliederung zeigt im wesentlichen nur, daß die KPÖ-Versuchspersonen vorwiegend "keine Vorteile" geantwortet haben und die nichtengagierten Versuchspersonen in einem besonders hohen Ausmaß "weiß nicht" antworteten.

Frage 13 lautete: Nehmen wir an, die Partei, die Sie zu wählen beabsichtigen, würde gegen eine Verbindung Österreichs mit der EWG eintreten, würden Sie diese Partei dann nicht wählen oder trotzdem wählen oder gerade deswegen wählen oder würde das Ihre Wahlentscheidung nicht beeinflussen ?

Die Antworten waren:

Ich würde diese Partei nicht wählen	13 %
Ich würde diese Partei trotzdem wählen	23 %
Ich würde diese Partei gerade deswegen wählen	6 %
Ich ließe meine Wahlentscheidung nicht beeinflussen ...	45 %
Weiß nicht	13 %

Eine Aufgliederung nach der politischen Sympathie der befragten Wähler gab folgendes Bild:

<u>Antwort</u>	<u>FPÖ</u>	<u>KPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>Nichtengagierte</u>
Ich würde diese Partei nicht wählen	31 %	22 %	17 %	8 %	10 %
Ich würde diese Partei trotzdem wählen	20	14	21	31	16
Ich würde diese Partei gerade deswegen wählen..	4	33	3	6	3
Ich ließe meine Wahlentscheidung nicht beeinflussen	39	25	46	48	48
Weiß nicht	6	6	13	7	23

Sowohl das Gesamtergebnis, wie das Ergebnis der Aufgliederung zeigt, daß von den Wählern der FPÖ und der KPÖ abgesehen, die Integrationsfrage keine besonders wahlentscheidende Angelegenheit ist. Nur verhältnismäßig kleine Prozentsätze würden die Partei gerade wegen der Ablehnung einer Verbindung mit der EWG wählen, allerdings ist bei den Wählern der ÖVP und den nichtengagierten Wählern, aber auch bei den SPÖ-Wählern der Prozentsatz der Wähler, die jene Partei, die sie zu wählen beabsichtigen, deshalb nicht wählen würden, weil sie gegen eine Verbindung Österreichs mit der EWG eintritt, gering.

Frage 14 lautete: Glauben Sie, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Österreich für den Fall, daß Österreich sich zur Teilnahme an der EWG entschließt und aus der EFTA austritt, größer werden, kleiner werden oder gleich bleiben ?

Es antworteten:

Die Schwierigkeiten würden größer werden	26 %
Die Schwierigkeiten würden kleiner werden	17 %
Die Schwierigkeiten würden gleich bleiben	25 %
Keine Meinung	32 %

Eine Aufgliederung der Antworten nach den politischen Sympathien der Versuchspersonen zeigt, daß die SPÖ-Wähler in einem viel größeren Ausmaß ein Größerwerden der Schwierigkeiten erwarten als die ÖVP-Wähler und die nichtengagierten Wähler. Die überwiegende Mehrzahl der FPÖ-Wähler erwartet, entsprechend ihrer Parteilinie, ein Kleinerwerden der Schwierigkeiten, 64 % der KPÖ-Wähler erwarten, entsprechend ihrer Parteilinie, ein Größerwerden der Schwierigkeiten.

Frage 15 lautete: Deutschland ist Mitglied der EWG.
Durch den Staatsvertrag mit den vier Besatzungsmächten erhielt Österreich im Jahre 1955 seine Freiheit wieder. Im Staatsvertrag steht wörtlich: "Österreich wird keine, wie immer geartete politische oder wirtschaftliche Vereinigung mit Deutschland eingehen."
Glauben Sie, daß das Arrangement (Übereinkunft) Österreichs mit der EWG einen Bruch des Staatsvertrages bedeutet ?

Als wir die Frage stellten, war uns klar, daß sie einen außerordentlich stark suggestiven Charakter hatte, wir rückten sie aber deshalb an das Ende des Fragebogens, so daß sie das Frageprogramm nicht stören konnte.

Die Antworten waren:

Ja 28 %
Nein 42 %
weiß nicht 30 %.

Nach politischen Sympathien der Versuchspersonen aufgegliedert, erhielten wir folgendes Ergebnis:

<u>Antwort</u>	<u>FPÖ</u>	<u>KPÖ</u>	<u>ÖVP</u>	<u>SPÖ</u>	<u>Nichtengagierte</u>
Ja	16 %	75 %	21 %	32 %	24 %
Nein	64	12	44	48	32
Weiß nicht	20	13	35	20	44

Angesichts des suggestiven Charakters der Frage, ist die Antwort der "Nein"-Stimmen beachtenswert hoch. Die Struktur der Antworten zeigt aber auch, daß die politische Gesinnung der Wähler durchschlug, woraus geschlossen werden kann, daß die Suggestivfrage nicht eine völlige Verzerrung der Meinungsstruktur hervorrief.

Frage 16 lautete: Würden Sie einer Teilnahme Österreichs an der EWG zustimmen, wenn dadurch die Neutralität Österreichs ernstlich gefährdet würde ?

Die Antworten lauteten:

Ja	6 %
Nein	82 %
Weiß nicht	12 %.

4. Zusammenfassung

Oberflächlich informiert ist ein großer Prozentsatz der Wähler, nur ein sehr geringer Prozentsatz der Wähler ist über die mit der Integration zusammenhängenden Fakten genau informiert. Im großen und ganzen folgen die Wähler bei der Beurteilung der Integrationsfrage den Auffassungen ihrer Parteien, was aber angesichts der verhältnismäßig geringen Informiertheit weniger deutlich zum Ausdruck kommt als bei anderen Problemen.

Zumindest beim vorläufigen Stand der Integrationsdebatte hat das Problem von den Wählern der KPÖ und der FPÖ abgesehen, offensichtlich keinen starken emotionalen Gehalt. Das bedeutet, daß die Wähler im großen und ganzen gewillt sind, der Führung der Parteien in dieser Frage zu folgen. Das einzige Argument gegen ein Arrangement Österreichs mit der EWG, das den Wählern durchschlagend einleuchtet, ist das Neutralitätsargument. Vorläufig akzeptieren die Wähler aber nicht im entscheidenden Ausmaß, daß jede Form eines Arrangements mit der EWG neutralitätswidrig ist. Die großdeutsche Komponente der Arrangementbestrebungen ist so gut wie nicht vorhanden. Soweit die Wähler überhaupt eine Einstellung zur Integrationsfrage beziehen, ist sie positiv gesamteuropäisch. Positive Einstellungen zu einem Arrangement mit der EWG werden überwiegend mit wirtschaftlichen Argumenten begründet.

**Bestand: VII.3 Integration EFTA-
EWG Box 1**